1. Der Bonner Westzonenstaat wurde für die Zwecke des amerikanischen Krieges geschaffen

„Staatliche Gleichberechtigung" — ein abgekarteter Betrug

Der Bonner Westzonenstaat wurde geschaffen zum Zwecke der Nutzbarmachung der menschlichen Reserven, des ökonomischen Potentials und des Territoriums Westdeutschlands für den amerikanischen Krieg gegen die Sowjetunion, gegen die Deutsche Demokratische Republik und die europäischen volksdemokratischen Staaten. Vorbereitet durch die im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen stehende ökonomische Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszone im Jahre 1947 wurde 1949 die Gründung des Bonner Westzonenstaates vorgenommen. Damit wurde durch die Westmächte das Potsdamer Abkommen zerrissen, in dem die vier Vertragsmächte die Einheit Deutschlands garantiert haben.

Die staatliche „Eigenexistenz" Westdeutschlands soll ermöglichen, daß es als „gleichberechtigter" Vertragspartner dem amerikanischen Kriegsblock beitreten kann. Diese „staatliche Gleichberechtigung" ist ein zwischen den anglo-amerikanischen Kriegstreibern einerseits, den deutschen Monopolisten und den ihnen dienstbaren Generalen und Politikern andererseits, abgekarteter Betrug. Die staatliche „Eigenexistenz" ist der zwischen den genannten Partnern abgesprochene Modus, der es den westdeutschen Quislingen ermöglichen soll, als Vertragspartner aufzutreten, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands als „freie Entscheidung der Deutschen" zu tarnen, als „freiwilligen Verteidigungsbeitrag" der Deutschen zum Aggressionspakt des Atlantikblocks. Die Lüge von der staatlichen Gleichberechtigung wurde neuerdings verstärkt durch die Erklärung der Westmächte und einiger ihrer Satelliten, daß sie den Kriegszustand mit Deutschland als beendet betrachten. Damit wollen sie dem deutschen Volk den Friedensvertrag vorenthalten, dessen baldiger Abschluß ihm im Potsdamer Abkommen zugesichert war. Der durch das Manöver der Westmächte verstärkte Betrug von der „Gleichberechtigung" wird deutlich erkennbar aus Trumans Schreiben an den Kongreß in Washington anläßlich der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland", in dem es heißt:

„Die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland wird den Status der Besatzung nicht berühren. Die Rechte der Besatzungsmächte leiten sich aus der Eroberung Deutschlands her, durch die Beendigung des Kriegszustandes geben wir diese Rechte nicht auf."

Die dem Bonner Remilitarisierungskabinett zugestandenen eigenstaatlichen Rechte sind ein Hohn auf den Begriff staatlicher Souveränität. Es sind „Rechte" auf jederzeitigen Widerruf. Das wurde nachdrücklich unterstrichen, als der Bonner Regierung die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten „erlaubt" wurde. Die „Souveränität" des westdeutschen Separatstaates ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Besatzung auf 50 Jahre verlängert wurde und er mit rückwirkender Kraft auch die Schulden des ersten Weltkrieges anerkennen mußte. Damit ist der Bonner Westzonenstaat ökonomisch und politisch noch fester an den Dollarimperialismus gekettet.

Diese „staatliche Eigenexistenz" ist eine Art „gleitender Lohnskala", wobei die Erweiterung bzw. Einschränkung dieser „Souveränität" gänzlich ins Belieben der imperialistischen Westmächte gestellt ist und von ihnen, je nach Wohlverhalten der Bonner Regierung, reguliert wird. Durch diese „Gleichberechtigung" erhalten die Deutschen in Westdeutschland in Wirklichkeit das „Vorrecht", ihr Menschenreservoir, ihr Wirtschaftspotential und ihr Territorium in den Dienst des amerikanischen Krieges stellen zu dürfen.

Die „Gleichberechtigung" ist übrigens eine alte und erprobte Zauberformel des USA-Imperialismus. Auf den Philippinen, in Lateinamerika, während der amerikanischen Intervention in Sowjetrußland, in Griechenland und in Korea wurden von Wallstreet gekaufte Agenten als mit den USA „gleichberechtigte" Regierungen eingesetzt, „Bündnisse" mit ihnen abgeschlossen, und auf Anruf — Postkarte genügt — eilten die USA ihren stets „bedrängten" Verbündeten mit bewaffneter Macht zu Hilfe. Das ist auch der Sinn der „Gleichberechtigung" des Bonner Westzonenstaates — Made in USA.

Krieg — der Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates bedingt seinen reaktionären Charakter

Wie alle Völker will auch das deutsche Volk keinen Krieg. Auch die übergroße Mehrheit der Deutschen in Westdeutschland will keinen Krieg. Das ist den amerikanisch-britischen Kriegsmachern ebensogut bekannt wie ihren politischen Stipendiaten in Bonn. Die materielle Ausrüstung für den Krieg liefern die USA. Die westdeutsche Bevölkerung kriegsreif zu machen, das haben die deutschen McCloy-disten von Adenauer bis Schumacher als vordringliche Aufgabe auf sich genommen. Der Widerwille gegen den Krieg bei der übergroßen Mehrheit der Deutschen in den Westzonen ist groß und die Eile ihrer amerikanisch-britischen Einpeitscher, zu dem von ihnen angestrebten Krieg zu kommen, ist noch größer. Dieser Widerspruch bestimmt den reaktionären Charakter des westdeutschen Separatstaates. Mit den Mitteln des Volksbetrugs und der politischen Unterdrückung strebt er die „Gleichschaltung" der Geister, die „innere Reife" der westdeutschen Bevölkerung für den amerikanischen Krieg an. Der Westzonenstaat greift zu diesem Zweck auf die Mittel und Methoden der nazistischen Regierungspolitik zurück und zum Teil auch auf die darin erfahrenen personellen Kräfte, die ihre nazistische Praxis freudig in den Dienst des Bonner Staates stellen. Charakteristisch für diesen Vorgang war das Ausscheiden des Bonner Innenministers Heinemann, der die Remilitarisierung Westdeutschlands ablehnte, und die Berufung des Dr. Lehr zum Innenminister der Bonner Regierung, der seine nazistische „Erfahrung" als „demokratischer" Polizeiminister mit neuem Schneid für die Wiederaufrüstung zur Verfügung stellt. Remilitarisierung und Refaschisierung bedingen sich gegenseitig; unter diesem Gesichtspunkt ist die Innenpolitik der Bonner Regierung zu sehen.

Refaschisierung und Remilitarisierung als Zwillingsgeschwister

Bei der Bewertung des Standes der Refaschisierung in Westdeutschland ist von der Tatsache auszugehen, daß der amerikanisch-britische Imperialismus in seinen eigenen Ländern sich der demokratischen Variante der kapitalistischen Klassenherrschaft be-

dient; aber er wendet die dem Faschismus eigenen Methoden des Volksbetruges und des Terrors in steigendem Maße an und vernebelt das mit einem Schwall von demokratischer Phraseologie. Das ist auch die dem Adenauer-Kabinett vermittelte Regierungspraxis. Der Faschismus nazistischer Prägung trat offen als Feind der bürgerlichen Demokratie auf. Der Neofaschismus bedient sich nach amerikanischem Vorbild auch der Phrasen „Demokratie" und „Freiheit" zur Maskierung seines Charakters. Die geeigneten Partner für diese amerikanische Variante der bürgerlichen Demokratie sind daher die Bonner Regierungsparteien und die zum Zwecke der „Opposition" abgestellte Sozialdemokratie Schumachers.

Das deutsche Monopolkapital als Juniorpartner des amerikanisch-britischen Imperialismus stellt ihm seine reiche Erfahrung auf dem Gebiet des faschistischen Volksbetruges und des faschistischen Terrors zur Verfügung. Er bedient sich außer den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie auch eines dicht verästelten Netzes von reaktionären und neofaschistischen Organisationen — mehr als 70 ihrer Art existieren in Westdeutschland —, um möglichst breite Schichten des Volkes unter den verschiedensten Vorwänden vor den Kriegskarren zu spannen. Alle genannten Parteien und Organisationen haben einen gemeinsamen politischen Nenner: Anti-Kommunismus und Feindschaft gegen die Sowjetunion.

Neu ist bei allen Gruppen, einschließlich der neofaschistischen, daß sie sich als Mittel der ideologischen Verschleierung der Zwecke des deutschen Imperialismus nicht nur des Nationalismus, sondern in verstärktem Maße auch des Kosmopolitismus bedienen, wenn auch beschränkt auf das „Europäertum". Diese Korrektur ist dem deutschen Monopolkapital und seinen politischen Schildknappen von seinen amerikanisch-britischen Seniorpartnern vorgeschrieben und von ihm wie von seinen „demokratischen" und neofaschistischen Ideologen akzeptiert, z. T. aus abenteuerlicher Spekulation, dank des wirtschaftlichen Potentials des deutschen Monopolkapitals und durch Bereitschaft zum Krieg gegen die Sowjetunion wieder zur führenden Macht in Europa zu werden. Im übrigen ist es von der nazistischen Idee des Vereinigten Europas — „Festung Europa" hieß es im nazistischen Kriegsjargon — zu dem heute in allen Variationen wiederholten Bekenntnis „demokratischer" und neofaschistischer Gruppen, zum „Europäertum", zur „europäischen Nation" usw., kein so weiter Weg. Und der Gedanke der „deutschen Führung" ist durchaus nicht fallen gelassen.

2. Das Bonner Remilitarisierungskabinett in Aktion gegen den Frieden

Der Daseinszweck des westdeutschen Separatstaates ist die Vorbereitung des Krieges. Die vielfältige und emsige Tätigkeit des Bonner Remilitarisierungskabinetts hat als einzigen bewegenden Gedanken: Vorbereitung des Krieges. Ihr Gesamttun läßt sich mit dem abgewandelten Ausspruch einer einstigen Koryphäe des Nazismus charakterisieren: Wenn ich das Wort Frieden höre, entsichere ich den Revolver.

Den Nachweis für unsere Feststellung, daß das Gesamttun der Bonner Regierung der Vorbereitung des Krieges dient, erbringt sie selbst. Aus ihren gesetzgeberischen Maßnahmen registrieren wir einige der markantesten.